

auf Lager, die bei uns überzählig sind und die das Ausland gerne kaufen möchte, aber die Ausfuhr werde durch behördliche Rückständigkeit unmöglich gemacht. Die Zwangswirtschaft beschäftige noch heute weit über 100 000 Beamte, verhindere aber nicht nur unser wirtschaftliches Emporkommen, sondern sei auch ein wahrer Herd der Korruption; in Berlin und an den Grenzen sei heute jeder Erlaubnischein zu haben, wenn man ihn sich erkaufe oder erschlebe.

Vom Regierungstisch wird den Interpellanten eine im allgemeinen entgegenkommende, im einzelnen ausweichende Antwort erteilt. Bei der zweiten förmlichen Anfrage der beiden nationalen Parteien, der Interpellation über den Landarbeiterstreik, kommt es schon zu schärferen Auseinandersetzungen. Von den Deutschnationalen hat der Abgeordnete Behrens die Begründung übernommen, und das ist für ihn persönlich sicher kein leichtes Ding, da er selbst Führer einer Landarbeitergewerkschaft ist, seine Fraktionsgenossen aber zum großen Teil innerlich wohl mehr den Arbeitgebern in der Landwirtschaft recht geben. Behrens spricht in würdiger und vermittelnder Art. Im Grunde ist es nach unserer Meinung auf dem Lande eine reine Kleider- und Stiefelfrage und nicht eine große politische Bewegung, wenn auch unsere sozialdemokratische Regierung alles Mögliche getan hat, um die Arbeiter politisch aufzuputtschen: geht die jetzt einsetzende Verbilligung so weit, daß der ländliche Tagelöhner wieder imstande ist, für seinen Barlohn sich und seine Familie mit Kleidung und Schuhwerk zu versehen und dabei noch anständigen Tabak für seine Pfeife zu erschwingen, dann ist der Friede auf dem Lande alsbald wiederhergestellt. Im übrigen sollte man das vielfach noch sehr gute Verhältnis zwischen Herr und Knecht nicht mit aller Gewalt stören. Die Sozialdemokratie denkt darüber freilich anders. Ihr Arbeitsminister Schlicke hält in Erwiderung der Interpellation wider